

**3340/AB
vom 23.12.2025 zu 3827/J (XXVIII. GP)**sozialministerium.gv.at BundesministeriumArbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und KonsumentenschutzKorinna Schumann
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.889.825

Wien, 11.12.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 3827/J der Abgeordneten Mag. Katayun Pracher-Hilander betreffend Verbraucherschutz bei Online-Partnervermittlung und Dating-Plattformen** wie folgt:

Frage 1:

- *Welche Maßnahmen werden derzeit von Ihrem Ressort ergriffen, um Nutzer von Online-Partnervermittlungen vor versteckten Kosten, unklaren Vertragsbedingungen oder automatisch verlängernden Abonnements zu schützen?*
 - a. *Wie werden diese Maßnahmen überwacht und evaluiert?*

Mein Ressort setzt sich im Rahmen des „*Digital Fairness Fitness Check (DFFC)*“ der Europäischen Kommission (Eignungsprüfung des EU-Verbraucherrechts im Hinblick auf die Digitalisierung) dafür ein, dass Verbraucher:innen nicht nur auf Dating-Plattformen und Partnerbörsen, sondern insgesamt bei Online Aktivitäten im Internet (wie Surfen, Einkaufen, Suchen, Spielen, etc.) zukünftig besser vor irreführenden Praktiken geschützt werden. In diesem Zusammenhang ist der Schutz vor Abo-Fallen sowie generelle Kostentransparenz ein wichtiges Anliegen. Mein Haus hat dazu bereits zahlreiche Verbesserungsvorschläge im Zuge der Konsultationen der Kommission zum DFFC eingebracht.

Weiters hat der Oberste Gerichtshof aufgrund einer Klage des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) im Auftrag des BMASGPK zahlreiche Geschäftspraktiken und Klauseln, u.a. die automatische Vertragsverlängerung, auf den Partnervermittlungsplattformen „Parship“ und „Elitepartner“ für unzulässig erklärt.

Frage 2:

- *Welche Informationen liegen Ihrem Ressort über Beschwerden im Zusammenhang mit Online-Partnervermittlungen vor und aus welchen Quellen (z.B. Konsumentenschutzstellen, VKI, Arbeiterkammer) stammen diese Daten?*
 - a. *Inwieweit werden diese Beschwerdeinformationen für verbraucherpolitische Maßnahmen oder Aufklärungsinitiativen herangezogen?*
 - b. *Welche Art von Beschwerden und Anzeigen liegen vor?*
 - i. *Wie stellt sich dabei die Verteilung zwischen inländischen und ausländischen Verbrauchern dar?*

An verfügbaren Daten verweise ich auf die Jahresberichte der auch von meinem Haus geförderten Internet Ombudsstelle, welche auf der Seite <https://www.ombudsstelle.at> abrufbar sind. Diese Informationen werden auch als Evidenzgrundlage für rechtspolitische Forderungen auf EU-Ebene, wie bei den unter Frage 1 erwähnten Stellungnahmen meines Hauses zum DFFC, verwendet.

Frage 3:

- *Werden durch Ihr Ressort Maßnahmen gesetzt, um Verbraucher sowohl rechtlich, durch Vorgaben zu Informationspflichten für Anbieter, als auch präventiv, durch Aufklärung oder Informationskampagnen über Kosten, Vertragslaufzeiten, Kündigungsfristen und mögliche Risiken, einschließlich betrügerischer Anbieter oder irreführender Geschäftspraktiken im Bereich der Online-Partnervermittlungen zu informieren?*
 - a. *Wenn ja, wie wird die Wirksamkeit dieser Maßnahmen überprüft?*

Rechtliche Vorgaben, u.a. zu erweiterten Informationspflichten, sind bei digitalen und damit idR grenzüberschreitenden Angeboten nur EU-weit sinnvoll. Wie bei Frage 1 ausgeführt, arbeiten meine Mitarbeiter:innen aktiv an der Verbesserung des EU-Verbraucherschutzrechts mit.

Mein Ressort informiert Verbraucher:innen laufend auf der Webseite <https://www.konsumentenfragen.at> über aktuelle Trends und Herausforderungen im

(digitalen) Konsumalltag. In diesem Sinne wurde auch über versteckte Kosten im Online Alltag gewarnt bzw. auch über das erfolgreiche Verfahren des VKI zu „Parship“ und „Elitepartner“ berichtet.

Frage 4:

- *Bestehen seitens Ihres Ressorts Kooperationen mit Konsumentenschutzorganisationen, um die Prävention und Aufklärung im Bereich der Online-Partnervermittlung zu stärken?*
 - a. *Wenn ja, welche konkreten Projekte werden derzeit umgesetzt?*

Zu den Aktivitäten der Internet Ombudsstelle und des VKI verweise ich auf die vorhergehenden Ausführungen. Die Internet Ombudsstelle hat erst kürzlich die umfangreichen Informationen zum Thema „Wie funktionieren Abo-Fallen auf Dating-Plattformen“ auf ihrer Webseite aktualisiert. Auf der Webseite <https://www.watchlist-internet.at>, ein von meinem Haus gefördertes Präventionsprojekt, finden sich tagesaktuelle Warnmeldungen zu diversen Online Abzocke-Trends, inklusive Partnervermittlungsplattformen.

Mit freundlichen Grüßen

Korinna Schumann

